

Michael Wahl
Kirschgrund 3, 36100 Petersberg
Tel. 0661 64141; mail: michaelwahl@t-online.de

DIE LINKE. Offene Liste

Fulda, 13.07.2011

Antrag zur Kreistags Sitzung am 08.08.2011

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Herrn Franz Rupprecht
Wörthstraße 15

36037 Fulda

Antrag:

Umsetzung des neuen hessischen Schulgesetzes; hier Inklusion

Der Kreistag möge beschließen:

zur Realisierung des neuen Anspruches für einen gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern müssen die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen in den Schulen geschaffen werden. Der Kreisausschuss wird aufgefordert den notwendigen Bedarf unter Einbeziehung der Sozialverbände für jede Schule zu ermitteln und eine entsprechende Konzeption zur Schaffung der Voraussetzungen zu erarbeiten und diese dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Vorlage sollte rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 erfolgen.

Weiterhin sollte der Kreisausschuss einen Vertreter der Sozialverbände für die nächste Kreistagsitzung einladen, um einen Vortrag zum Thema Inklusion und die daraus entstehenden Anforderungen an die Schulen zu halten.

Begründung:

Mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes wurde im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention ein Anspruch auf die Beantragung eines gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern verwirklicht. Ob dem Wunsch nach gemeinsamem Unterricht mit nichtbehinderten Kindern (Inklusion) dann entsprochen wird, hängt aber von einer Entscheidung der Schulleitung und des Staatlichen Schulamts ab. Maßgeblich ist, ob an der Schule die räumlichen, sächlichen und personellen Möglichkeiten zur sonderpädagogischen Förderung der behinderten Kinder vorhanden sind. Insbesondere für die räumlichen Voraussetzungen ist der Landkreis zuständig. Auf eine Anfrage der LINKEN.Offenen Liste in der Kreistagsitzung am 22.Juni 2009, erstellte der Kreisausschuss eine Liste der Schulen im Hinblick auf Barrierefreiheit und Ausstattung mit Behindertentoiletten (Anlage), diese zeigt einen Teil der Handlungsnotwendigkeiten auf. Zur Erstellung der Konzeption sollten unbedingt die Sozialverbände einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wahl